



21.12.2017

## Rückblick auf ein arbeitsreiches Jahr 2017 und Gedanken zum Ausblick 2018

Während ich diese Zeilen zum Weihnachtsfest schreibe, blickt die Welt besorgt nach Israel, wo die Ankündigung Donald Trumps, die amerikanische Botschaft nach Jerusalem verlegen zu wollen, als gezielte Provokation jede Friedensbemühung im Nahen Osten ad absurdum geführt hat. Während weltweit leider anti-jüdische Demonstrationen die unmittelbare Folge sind, heizt Erdogan die Eskalation der Bedrohung mit der Ankündigung an, in Ostjerusalem die türkische Botschaft für Palästina zu errichten – die Spirale der Drohgebärden nimmt Fahrt auf. Aus Nordkorea erreichen uns permanent massive Atom-Aufrüstungsnachrichten, die Trump nicht unbeantwortet lässt, während gleichzeitig ganze Völker – gerade in Afrika - von unvorstellbaren Hungersnöten bedroht und über 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind und die Weltgemeinschaft versagt offensichtlich bei effektiver Hilfe und Krisenprävention. Das Jahr 2017 hatte – vor allem global - mehr Schatten als Licht.

In Europa erreichten bei Wahlen rechts-nationale Parteien überall zweistellige Erfolge, auch wenn die Populisten Gert Wilders in den Niederlanden und Marine le Pen in Frankreich im Frühjahr 2017 glücklicherweise nicht in die Regierung kamen. Dennoch: In Österreich gab es bei den Wahlen im Herbst einen deutlichen Rechtsruck, Polen ist weiter auf einem strammen

National-Kurs, selbst in unserem Nachbarstaat Dänemark setzen die Rechtspopulisten gegenüber der Minderheitsregierung dauerhafte Grenzkontrollen durch, die in dieser Form gegen europäisches Recht verstoßen. 2017 gerieten europäische Werte zunehmend in Gefahr – und mit der Bewegung ‚Pulse of Europe‘ entstand gleichzeitig eine Bürgerbewegung gegen diesen Negativ-Trend. Die Wahl des französischen Präsidenten Macron ist für alle Pro-Europäer eine Hoffnung, obwohl für Sozialdemokraten nicht alle Vorschläge dieses Liberalen das nötige Maß an sozialer Balance bedeuten. Die Europäische Kommission hat am 6. Dezember – genau wie Macron zuvor - Vorschläge zur Fortentwicklung und zum Ausbau Europas gemacht, auf die Deutschland 2018 Antworten geben muss, denn seit Jahrzehnten gilt die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit als DER entscheidende Stabilitätsanker in Europa. Die Regierungsbildung in Berlin wird darum auch gerade das deutsche Engagement in und für Europa an der Seite Frankreichs zum Inhalt haben müssen. Und die Qualität eines solchen Regierungsbündnisses ist in jedem Fall wichtiger als das Tempo, mit dem es ‚geschmiedet‘ werden kann. Seit der Bundestagswahl habe ich bereits zweimal im Parlament – am 21. November und am 13. Dezember - reden dürfen, und beide Male war es zur Zukunft Europas – einmal auf Antrag der AfD und einmal auf

Antrag der FDP. Da merkt man selbst bei zwei so grundverschiedenen Parteien, woher künftig im Bundestag ‚der Wind weht‘. Es wird – angesichts der Eurokritiker auch in der FDP - ein ‚Drahtseilakt‘, in den nächsten vier Jahren Europa zusammenzuhalten und den Macron-Kurs angesichts einer in Frankreich stark bleibenden Marine Le Pen mit Augenmaß zu stützen.

**Schäuble: Es gibt keine Staatskrise!**

Am 21. November stellte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in seiner Eröffnungsrede im Bundestag insofern zu Recht mit einer eindringlichen Ermahnung an alle klar, die angesichts der zwei Tage zuvor und acht Wochen nach der Bundestagswahl gescheiterten Jamaika-Sondierungen schon wieder in der öffentlichen Debatte Panik wegen des angeblichen ‚Machtvakuum‘ in Deutschland verbreiten:

‚Wir haben derzeit eine außergewöhnliche Situation; der Bundespräsident hat das gestern in seiner Erklärung betont. Es ist eine Bewährungsprobe, aber es ist keine Staatskrise [...]. Die Aufgabe ist groß, aber sie ist lösbar. Unser Grundgesetz bestimmt die Regeln. Die sind eindeutig und sie sind klug [...]. Solange haben wir eine geschäftsführende Regierung – das ist die verfassungsgemäße, sachgerechte und angemessene Übergangslösung -, und wir haben ein Parlament, das handlungsfähig ist.‘ So ist es. Und so werden wir arbeiten bis möglicherweise Ende Februar oder Anfang März 2018 eine handlungsfähige Regierung ‚steht‘, was aus meiner Sicht allemal einer Neuwahl im Frühjahr vorzuziehen wäre.

Die SPD gewährleistet mit fünf amtierenden Bundesministern seit Monaten eine stabile geschäftsführende Bundesregierung: Unsere Aktivposten darin sind Sigmar Gabriel, der als Außenminister und Vizekanzler in Krisenregionen weltweit unterwegs ist, Barbara Hendricks, die als Umweltministerin Deutschland auf der größten internationalen Klimakonferenz in Bonn würdig vertreten hat, Katarina Barley, die als Familien-, Arbeits- und Sozialministerin bei wichtigen Verhandlungen für europaweite Restriktionen von Dumpinglöhnen in Grenzregionen in Brüssel beim ‚Entsendegestz‘ in den letzten Wochen erfolgreich für Arbeitnehmer in Deutschland verhandelte, Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, die an den Siemens- und Stahlstandorten präsent ist, wo aktuell tausende von Mitarbeitern durch die drohenden Schließungen der Konzernvorstände um ihre Arbeitsplätze fürchten, und Justizminister Heiko Maaß, der umsichtig die aktuelle Verfassungslage klärt und in vielen Debatten zur Versachlichung beiträgt. Der Hauptausschuss des Bundestages bereitet alle wichtigen Entscheidungen des Parlamentes vor: Am 13. Dezember habe ich dort mit den 46 weiteren Kollegen aller Fraktionen überplanmäßige Ausgaben von über 1,6 Mrd. Euro für 2017 bewilligt: 900 Mio. Euro für die Arbeitsmarktpolitik, 120 Mio. Euro zusätzlich für Rentenzuschüsse und 140 Mio. Euro für Elterngeld sowie ein Plus von 470 Mio. Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Krisenprävention vor allem in Mossul/Irak und Libyen. Ja, Deutschland ist voll handlungsfähig und die geschäftsführende Bundesregierung ist es auch.

Zwar stimmt es, dass im Bundestagswahljahr 2013 zügige Koalitionsverhandlungen ermöglichten, dass Angela Merkel am 17. Dezember 2013 zur Kanzlerin gewählt wurde und die Kabinettsriege die Arbeit aufnahm. Aber dass es dieses Mal mehrere Monate länger dauern wird, liegt nicht an der SPD, sondern allein in der Verantwortung derer, die bis zum mitternächtlichen Scheitern der Jamaika-Sondierungen am 19. November zwar viele medienwirksame Balkon-Fotos produzierten, aber offenbar wenig belastbare Verabredungen für die nächsten vier Jahre Regierungshandeln für die Menschen in unserem Land. Die ersten drei Wochen nach der Bundestagswahl hatte sogar die Kanzlerin höchstpersönlich ohne Gespräche – außer intern mit der CSU – ‚vertrödelt‘, weil sie die Niedersachsenwahl Mitte Oktober ‚abwarten‘ wollte. Die FDP sei der ‚Wunschpartner‘ der Union, hieß es aus ihrem Mund im Wahlkampf. Mit den Grünen gäbe es auch ‚große Schnittmengen‘ – notfalls ginge auch Jamaika mit beiden.

Und nun? Angela Merkel ist mit dem Wählerauftrag, diese neue Regierung zu bilden, krachend gescheitert. Und damit gibt es auch für uns Sozialdemokraten seit Ende November eine neue Ausgangslage, wenn Neuwahlen verhindert werden sollen.

### ***Bundestagswahl am 24.9. und ihre Folgen***

2017 war mein 5. Bundestagswahlkampf und ich habe ihn so engagiert geführt, dass wahrlich ‚keine Schippe drauf‘ ging. Umso enttäuschender war das Ergebnis am 24. September: Mit 20,5 Prozent mussten wir Sozialdemokraten erneut ein Minus von über 5 Prozent und damit ein historisch

schlechtes Wahlergebnis verkraften. Da war es auch kein Trost, dass mein Ergebnis in Ostholstein/Nordstormarn mit 24,6 Prozent bei den Zweitstimmen und 30,8 Prozent bei den Erststimmen deutlich über dem Bundesschnitt war. Nur die Union büßte mit einem Minus von 8,6 Prozent noch größere Verluste als die SPD ein und stürzte auf 32,9 Prozent ab. Erschreckend: die AfD wurde mit 12,6 Prozent drittstärkste Kraft vor der FDP (10,7 Prozent), der Linken (9,2 Prozent) und den Grünen (8,9 Prozent).

Ja, es stimmt: Die GroKo hat in den letzten vier Jahre eine für viele Menschen und das Land erfolgreiche Arbeit gemacht. Aber was hilft diese Analyse, wenn dennoch die Große Koalition vom Wähler mit Verlusten von fast 14 Prozentpunkten ‚abgestraft‘ wurde und 12,6 Prozent der Wähler mit der AfD Protest wählten? Das zeigt doch vor allem: Die Wählerinnen und Wähler wollten kein ‚weiter so‘. Respekt und Demut vor diesem Wählervotum führten darum dazu, dass die SPD mit Martin Schulz am 24. September gleich bei den ersten Prognosen verkündete, jetzt in die Opposition zu gehen, um den Menschen zu signalisieren: Wir haben verstanden! Wir wollen der grassierenden Politik- und Parteienverdrossenheit entgegenwirken, und wir dürfen den Populisten und Demokratiefeinden jetzt keine Steilvorlagen dafür bieten, weiter zu behaupten, wir wären nur ‚scharf auf Posten‘ und würden (erneut?) das Votum der Wähler missachten. Bis zum 20. November gab es für diese Entscheidung der SPD zur Oppositionsrolle vor allem innerhalb der Partei ausnahmslos Beifall: ‚Konsequent, gradlinig, glaubwürdig‘ – diese

Rückmeldung kam auch gerade von den fast 30.000 neuen SPD-Mitgliedern, die 2017 erst in unsere Partei eingetreten sind, 80 neue Mitglieder sind es allein in Ostholstein.

Aber seit die FDP sich nach fünfwöchigen(!) ‚Jamaika-Sondierungsgesprächen‘, nach unzähligen Talk-Show-Auftritten und medialer Dauerpräsenz ihrer Verantwortung für unser Land in einer Nacht- und Nebel-Aktion entzog, ticken die Uhren anders: Die Mails und Briefe – mit einem sehr breiten Meinungsspektrum – die täglich in meinem Büro ankommen, beantworte ich alle, aber sind kaum zu zählen. Unsere Parteibasis ist ebenso wie die Öffentlichkeit erkennbar in Aufruhr. Wie soll es weitergehen? Müssen wir nicht den Versuch machen, Neuwahlen als Quasi-Versagen der politischen Parteien zu verhindern? Auf einer 1. SPD-Mitgliederkonferenz zu dem Thema am 30. November 2017 in Eutin diskutierten mehr als 60 Ostholsteiner mit mir und dem SPD-Kreisvorsitzenden Niclas Dürbrook über ein Ja oder Nein zur GroKo ebenso wie über andere Regierungsmodelle, wie die Minderheitsregierung, eine Tolerierung oder Kooperation und das jeweilige Pro und Kontra. Seit Ende November steht auch mein ausführliches Statement zu dieser Thematik auf meiner Website [www.bettina-hagedorn.de](http://www.bettina-hagedorn.de). Ob beim Grünkohlessen in Bad Schwartau am 2. oder beim Neumitgliederfrühstück in Oldenburg am 3. Dezember, ob im Freundeskreis oder unter Kollegen – es wird wieder politisch diskutiert und allein das belebt unsere Demokratie. Allerdings antworte ich auch jenen, die jetzt gerne Druck auf die SPD ausüben, sie

solle doch nun ‚endlich für eine stabile Regierung sorgen‘: In der Demokratie kriegt man eben nur dann ‚stabile Verhältnisse‘, wenn man sie wählt. Da mit FDP und AfD zwei Parteien mit zusammen 23 Prozent in den Bundestag gewählt wurden, die vorher nicht dabei waren, braucht man kein Rechenkünstler zu sein, um zu erkennen, dass die Regierungsbildung schwieriger geworden ist. Und das gilt umso mehr, wenn die Jamaika-Parteien, die im Bundestagswahlkampf nicht nur mit Robert Habeck und Wolfgang Kubicki sowie vielen CDU-Prominenten heftig ‚geflirtet‘ haben, sich 8 Wochen nach der Bundestagswahl auf keine gemeinsame Regierung verständigen können.

#### ***SPD-Parteitag und offene Sondierungen!***

Der dreitägige ordentliche SPD-Bundesparteitag vom 7. bis 9. Dezember in Berlin wurde deshalb neben den turnusmäßigen Vorstandswahlen von der Debatte über die Vor- und Nachteile verschiedener Regierungsmodelle in einer sechsstündigen respektvollen, sachlichen Debatte bestimmt. Gerade die Jusos – eine starke Gruppierung innerhalb der SPD - haben vehement für die Festlegung ‚No GroKo‘ geworben, aber am Ende haben die über 600 Delegierten mit deutlicher Mehrheit zunächst für Sondierungsgespräche mit offenem Ausgang gestimmt – allerdings ganz klar ohne jeden Automatismus! Vermutlich am 21. Januar wird ein Sonderparteitag in Bonn angesichts der inhaltlichen Ergebnisse der Sondierung, die nun seit 13. Dezember ‚läuft‘, darüber abstimmen, ob Koalitionsverhandlungen gestartet werden sollen oder nicht. Unsere Parteimitglieder in Ostholstein

werden wir am 11. Januar in einer 2. Mitgliederkonferenz informieren und beteiligen, bevor der SPD-Parteitag 10 Tage später entscheidet. Falls JA, dann wird nach Vorliegen eines Koalitionsvertrages ein Mitgliederentscheid – wie 2013 erstmalig praktiziert – das letzte Wort haben, und wir werden dann zuvor in Ostholstein selbstverständlich auch bei einer 3. Mitgliederkonferenz offen diskutieren! Damit sind drei Dinge klar: Bei der SPD informieren wir kontinuierlich und offen, anstatt nur in Hinterzimmern zu ‚kungeln‘. ALLE Parteimitglieder treffen gemeinsam die wirklich wichtigen Entscheidungen und die ‚Kröte‘ einer erneuten GroKo werden die Mitglieder ganz gewiss nur dann ‚schlucken‘, wenn die Inhalte überzeugend und zum klaren Vorteil für die Menschen sind, denen wir uns verantwortlich fühlen! Die SPD wird u.a. eine weitere Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen fordern, eine deutlich bessere Bezahlung in der Pflege mit strengeren, bundesweit gültigen Personalschlüsseln, gleiche Beitragsanteile von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur gesetzlichen Krankenversicherung als 1. Schritt zur Bürgerversicherung, die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus für mehr bezahlbaren Wohnraum und die Abschaffung des Kooperationsverbotes mit dem Ziel gebührenfreier Kitas und Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Zu bedenken bleibt allerdings: Eine erneute GroKo würde der AfD die Rolle als ‚Oppositionsführerin‘ im Bundestag garantieren – kann sich unser Land DAS für die nächsten Jahre ernsthaft wünschen?

### ***Wechselnde Mehrheiten: Ehe für alle!***

Einen ‚Vorgeschmack‘ darauf, was wechselnde politische Mehrheiten im Bundestag bedeuten können, gab es in der letzten Sitzungswoche vor der Bundestagswahl in Berlin: Am Montag, den 26. Juni, hatte Bundeskanzlerin Merkel in einem ‚Brigitte‘-Interview die Abstimmung zur ‚Ehe für alle‘ (gleichberechtigte Ehe mit allen Rechten und Pflichten auch für schwule und lesbische Paare) überraschend als ‚Gewissensfrage‘ deklariert – und damit die Grundlage für eine Abstimmung im Bundestag frei gegeben, wo alle Abgeordneten ohne Fraktionsdisziplin nur ihrem Gewissen verantwortlich sind. Über Nacht ‚zauberte‘ die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf des Landes Rheinland-Pfalz aus der Mottenkiste, der bereits zwei Jahre zuvor die Mehrheit im Bundesrat erhalten hatte und seitdem dreißigmal (!) im Bundestag nach einer öffentlichen Anhörung geschoben worden war, weil die CDU/CSU-Fraktion die Abstimmung darüber blockierte. Nun war der Weg frei: Am letzten Sitzungstag, dem 30. Juni, beschloss der Deutsche Bundestag mit 393 Ja-Stimmen die ‚Ehe für alle‘ und beendete damit ein jahrzehntelanges Ringen um die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare. Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, sollen auch rechtlich endlich den Bund fürs Leben schließen können. Die Entscheidung war längst überfällig – die SPD-Abgeordneten stimmten geschlossen mit JA. Von den 11 CDU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein stimmten bis auf drei alle ebenfalls mit JA – mit NEIN stimmte allerdings Ingo Gädechens. Wir Sozialdemokraten haben uns riesig über diese Entscheidung gegen die

jahrzehntelange Diskriminierung gefreut und den Beschluss anschließend am Brandenburger Tor mit vielen Betroffenen gebührend gefeiert!

***Politisches Highlight im Juni 2017: Bundestag stoppt die Autobahnprivatisierung!***

Ein besonderes parlamentarisches ‚Highlight‘ gelang dem Deutschen Bundestag am 1. Juni 2017: Mit der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die das Grundgesetz an 13 Stellen ändert und darum der 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat bedarf, wollten die Unionsminister Wolfgang Schäuble (Finanzen) und Alexander Dobrindt (Verkehr) still und heimlich eine ‚Infrastrukturgesellschaft des Bundes‘ durchsetzen. Nach dem CDU/CSU-Gesetzesentwurf hätte das allerdings in Wahrheit eine Voll-Privatisierung der deutschen Autobahnen bis 2021 bedeutet. Der Bundesrechnungshof öffnete uns Abgeordneten im federführenden Haushaltsausschuss die Augen für diese ‚Privatisierung durch die Hintertür‘ und half uns in wochenlangen Verhandlungen, die ich als zuständige SPD-Haushälterin für Verkehr mit dem CDU-Kollegen aus Lauenburg Norbert Brackmann geführt habe, das Gesetz zur Autobahn-Gesellschaft um 180 Grad zu ‚drehen‘ und die Privatisierung zu verhindern. Ein großartiger Erfolg! Um das zu schaffen, hatte die SPD die eigentlich bereits für den 31. März und dann für den 19. Mai vorgesehene Beschlussfassung in 2./3. Lesung im Bundestag blockiert, um sich beim Ziel erforderlicher, zusätzlicher Änderungen im Grundgesetz durchsetzen zu können. Und: Versprochen – gehalten! Die mittelbare und unmittelbare Beteiligung Privater an der neu zu

gründenden Autobahngesellschaft und ihrer regionalen Tochtergesellschaften ist ausgeschlossen und das Verbot von funktionaler Privatisierung bei Teil-Netz-ÖPP ist ins Grundgesetz aufgenommen worden! Nach Auffassung unseres SPD-Gutachters Prof. Dr. Georg Hermes und der Experten vom Bundesrechnungshof hat der Bundestag damit die Privatisierung verfassungsrechtlich sauber ausgeschlossen und Schranken errichtet, wo es vorher keine gab – d.h. auch neue politische Mehrheiten (mit der FDP!) können diesen Beschluss nicht ‚kippen‘, da dafür sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist. In Zukunft wird eine Autobahngesellschaft für den Bund die Planung und den Bau von Autobahnen übernehmen, was bisher in der Zuständigkeit der Länder lag. Für die ca. 11.000 Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen der Länder, die in den nächsten Jahren vermutlich überwiegend zum Bund wechseln werden, haben wir Sozialdemokraten ebenfalls massive Verbesserungen am Regierungsentwurf in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Personalräten vorgenommen, indem erstmalig die Pflicht zu Tarifverträgen und die Einbindung von Personalräten und Gewerkschaften gesetzlich festgelegt wurde. Wir haben die Kontrollrechte des Parlaments und auch die Prüfrechte des Bundesrechnungshofs gesetzlich gesichert. Über den gemeinsamen Einsatz von Norbert Brackmann und mir wurde sogar in einem Beitrag des ‚Schleswig-Holstein Magazins‘ des NDR am 31. Mai 2017 berichtet mit dem Titel ‚Bettina und Norbert ändern das Grundgesetz‘: Eine seltene Ehre!

***Dauerbrenner Fehmarnbeltquerung:  
Femern A/S bekommt ‚weiche Knie‘!***

2017 zeigte sich 8 Jahre, nachdem der Bundestag - gegen meine Stimme – dem Staatsvertrag mit Dänemark zugestimmt hat, deutlich die wachsende Nervosität bei Befürwortern wie ‚Machern‘ der geplanten Festen Fehmarnbeltquerung. Das größte Bauprojekt Nordeuropas kommt beim Zeitplan und beim Kosten-Nutzen-Verhältnis immer mehr ‚ins Trudeln‘ bzw. gerät zum Fiasko: Die Kosten haben sich seit 2009 mindestens verdoppelt und in Deutschland sogar verdreifacht, während die prognostizierte Anzahl der Güterzüge sich halbiert hat, die kalkulierten Auto- und LKW-Verkehre dank des Weiterbetriebs der Scandlines-Fähren und gesenkter Maut auf der Großen Beltbrücke (um immerhin 25 Prozent!) als Luftnummer entpuppen und die von Verkehrsminister Magnus Heunicke am 19. Februar 2015 (Interview in der großen dänischen Zeitung ‚Berlingske‘) als zwingend erforderlich genannten EU-Zuschüsse von ‚mindestens 1 Mrd. Euro‘ in stets weitere Ferne rücken. Die Dänen müssen sich eingestehen, diese EU-Zuschüsse de facto durch die Planungsfehler von Femern A/S (die dadurch ein jahrelanges Planänderungsverfahren in Deutschland selbst verursachten) selbst gefährdet zu haben – die ihnen bis 2020 bewilligten EU-Mittel von 589 Mio. Euro werden sie vermutlich nicht einmal ansatzweise fristgerecht abrufen können. Ob die Dänen in der nächsten EU-Förderperiode ab 2021 weitere 3-stellige Millionenzuschüsse aus Brüssel erhalten können, die auch nur in die Nähe der ‚1 Milliarde‘ aus der Femern A/S-Kalkulation kommen, halten selbst die

größten FBQ-Befürworter für unrealistisch – und damit bricht die Gesamtkalkulation von Femern A/S dann endgültig zusammen. Anstatt einer ursprünglich angestrebten Eröffnung 2018 ist mittlerweile eine Fertigstellung frühestens 2030 – wenn überhaupt - realistisch.

So ist es zumindest nachvollziehbar, dass die dänischen Befürworter als ‚Sündenbock‘ für ihr Desaster gerne die Planungsbehörden in Schleswig-Holstein, die Umweltverbände, die Bürgerinitiativen oder eben mich öffentlich ‚brandmarken‘. Insofern fand ich es zumindest erstaunlich, dass am 6. Oktober 2017 im Fehmarnschen Tagesblatt ein Offener Brief des Verkehrsausschuss-Vorsitzenden im dänischen Folketing Lennart Damsbo-Andersen veröffentlicht war, der mich persönlich nie offiziell erreicht hat – kein üblicher Stil unter Parlamentskollegen befreundeter Staaten. Dies gilt umso mehr als Lennart Damsbo-Andersen und ich uns seit Jahren kennen. Ich habe ihn sogar im Frühjahr 2015 mit Lars Winter auf Lolland zum Gedankenaustausch besucht, obwohl wir gegensätzliche Meinungen zum Thema FBQ haben. Auf unseren persönlich bislang kollegialen Kontakt gehen auch Besuche des dänischen Verkehrsausschusses in Berlin Ende 2015 und der deutsche Gegenbesuch in Kopenhagen Ende 2016 zusammen mit dem Verkehrsausschuss-Vorsitzenden Martin Burkert (SPD) zurück. 2018 werde ich dennoch erneut den offiziellen Kontakt aufnehmen – meine Auffassung bleibt, dass die Abgeordneten den Dialog nicht allein den Verkehrsministern überlassen dürfen.

### ***Widerstand in Ostholstein ungebrochen!***

Im Sommer 2017 veranstaltete ich unter dem Titel ‚Faktencheck nach 10 Jahren Widerstand! Feste Fehmarnbeltquerung – NEIN Danke!‘ am 22. August in Pansdorf und am 20. September auf Fehmarn in Bannesdorf Informationsveranstaltungen mit zusammen fast 200 Interessierten. Ein Wiedersehen mit dem NABU-Umweltexperten Malte Siegert als Referenten lockte offensichtlich viele Gäste an, ebenfalls unsere umweltpolitische Sprecherin im Kieler Landtag Sandra Redmann und die Sprecherin der Beltretter Karin Neumann. Spürbar war: Der Widerstand und der Informations hunger sind in unserer Region nach wie vor SEHR groß und wächst mit jeder weiteren Verzögerung, Kostensteigerung und dem Anschein von Unglaubwürdigkeit von offizieller Seite!

Das zeigte sich auch am 5. September in Bad Schwartau, als ich auf Einladung der dortigen SPD unter dem Motto ‚Schlaflos in Bad Schwartau‘ zum Thema Lärmauswirkungen der geplanten Hinterlandanbindung der Festen Beltquerung informierte – nirgendwo in Ostholstein gibt es so viele betroffene Anwohner auf engstem Raum wie gerade dort. Am 16. September war ich auf Einladung der Bürgerinitiativen ‚Pönitzer Seengebiet‘ aus Scharbeutz und ‚Holstein ohne feste Beltquerung‘ aus Sierksdorf zum Ostsee-Talk ‚Feste Fehmarn Beltquerung – Der Drops ist noch nicht gelutscht!‘ im Haus des Gastes in Klingberg eingeladen. Über 50 Zuhörer waren auch dort der Einladung der beiden Bürgerinitiativen gefolgt – an einem Samstag von 18 bis 20 Uhr eine echt starke Beteiligung!

### ***2018 kommt die Stunde des Dialogforums!***

Im Januar 2016 hat der Bundestag EINSTIMMIG dem von mir selbst erarbeiteten und monatelang mit der CDU hart verhandelten Antrag zum Anspruch auf übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen an europäischen Güterschwererkehrsstrassen zugestimmt. Mit diesem Beschluss wird – analog zur Rheintalbahn – nicht nur der Anspruch auf Lärmschutz, sondern auch die ernsthafte Beteiligung der Betroffenen in der Region über Projektbeiräte bzw. Dialogforen klar geregelt. Weil das so ist, schlägt 2018 die große Stunde des Dialogforums, und alle Mitglieder bereiten sich längst akribisch darauf vor. Insofern nutzte das Dialogforum am 15. November die ‚Kieler Bühne‘ und lud zum Parlamentarischen Abend in den Landtag ein, wo das ‚Who is who‘ der Verkehrspolitik aus Berlin und Kiel, von Regierung, Parlament und Deutscher Bahn in Statements und Podiumsdiskussionen die Argumente austauschte. Das Dialogforum steht jetzt vor der schwierigen Aufgabe, sich über kommunale Grenzen hinweg auf gemeinsame ‚Knackpunkte‘ zu verständigen, die für die GANZE Region von Belang sind, diese herauszuarbeiten und als Forderungen zu beschließen. Dieser Beschluss muss in diversen Millionen Euro solide beziffert und mit dem Land und dem Berliner Verkehrsministerium abgestimmt sein, damit es in die Trassenplanung der Deutschen Bahn hinsichtlich Lärmschutzmaßnahmen übernommen werden kann und ggfs. auch das Land Schleswig-Holstein seine finanzielle Beteiligung abklärt. Nur dann werden die abgestimmten Beschlüsse des Dialogforums an das Bundesverkehrs-



ministerium und letztlich an den Deutschen Bundestag gerichtet – und (wie im Fall der Rheintalbahn!) dort (vermutlich einstimmig!) beschlossen. Insofern war die Anwesenheit von CDU-Ministerpräsident Daniel Günther, dem FDP-Landesverkehrsminister Bernd Buchholz und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann in Kiel ausgesprochen angemessen, denn auch Kiel wird sich für übergesetzlichen Lärmschutz und die Belange der betroffenen Kommunen finanziell engagieren müssen – so wie es in Baden-Württemberg mit Blick auf die Rheintalbahn vorgemacht worden ist.

In jedem Fall kritisiere ich immer wieder den zeitlichen Druck, den die Deutsche Bahn in Absprache mit Kiel in diesem Fall mit ihrer geplanten Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens 2018 völlig ohne jede Not auf die Kommunen und das Dialogforum ausübt. Fakt ist, dass die Dänen in den letzten drei Jahren das Datum ihrer Tunnelöffnung um acht (!) Jahre verschieben mussten. Da ist es schlicht nicht nachvollziehbar, dass die Deutsche Bahn beim Bau der Hinterlandanbindung auf uralten Zeitplänen beharrt. Damit ignoriert sie vor allem die Beteiligung der betroffenen Kommunen, bei denen im Mai 2018 Kommunalwahlen anstehen. Jeder halbwegs intelligente Mensch weiß, dass dann von April bis Juli (eigentlich September!) 2018 de facto keine fundierten Beschlüsse von den Stadt- oder Gemeindevertretungen gefasst werden können. Insofern MUSS die Deutsche Bahn damit bei ihrem Planfeststellungsverfahren Rücksicht nehmen, wenn sie nicht

die Intention des einstimmigen Bundestagsbeschlusses vom Januar 2016 – die Beteiligung der Anlieger ernst zu nehmen – ad absurdum führen will. ICH werde darauf pochen!

***Fehmarnsund: Deutsche Bahn verzögert notwendige Brückenarbeiten und ignoriert einstimmige Beschlüsse in Berlin!***

Zum 24. Februar 2017 hatte der damalige Bahnchef Dr. Rüdiger Grube auf meine Einladung hin seinen ganztägigen Besuch nach Ostholstein zum persönlichen Dialog mit den Betroffenen entlang der Hinterlandanbindung fest zugesagt – kurz zuvor jedoch räumte er im Streit seinen Vorstandsposten und seine kommissarischen Nachfolger – weder Dr. Lutz noch Herr Profalla – fühlten sich seitdem verpflichtet, diesen fest zugesagten Termin wahrzunehmen. Sehr schade!

Fakt bleibt allerdings: Nach der Ortsbesichtigung am 17. November 2016 auf der Sundbrücke und auf Fehmarn durch den Rechnungsprüfungsausschuss unter Beteiligung des Bundesrechnungshofes und aller Ministerien aus Kiel und Berlin sowie der Deutschen Bahn wurde im Ergebnis beschlossen, den dringend notwendigen Seiltausch und die Prüfung der Seile von 2018 vorzuziehen und bereits im Jahr 2017 abzuschließen – entgegen der Zeitplanung der Bahn. Der einstimmig gefasste Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 2. Dezember 2016 unter Anwesenheit des damaligen Bahn-Chefs Dr. Rüdiger Grube lautet: *„Die DB Netz AG [ist angehalten], dass das defekte Seil im Jahr 2017 ausgetauscht und untersucht wird und dass die sich daraus abzuleitenden Arbeiten an allen*

*weiteren Seilen wie geplant bis zum Jahr 2018 abgeschlossen sind.* (Anm.: Und nicht erst ein Jahr später laut DB-Plan).

Der Rechnungsprüfungsausschuss, in dem ich seit 2013 Vorsitzende bin, hat sich 2016 allein viermal mit dem Thema ‚Fehmarn-Sundbrücke‘ beschäftigt und 2017 erneut zweimal. Die Mitglieder des Ausschusses (übrigens fraktionsübergreifend!) waren dabei deutlich anderer Auffassung zu bestimmten Punkten als das Bundesverkehrsministerium und die Deutsche Bahn. Einstimmig votierten ALLE Abgeordneten aller Fraktionen dafür, dass der Zeitplan zur Instandhaltung der Brücke, den die Bahn vorgelegt hatte, beschleunigt werden müsse, um die geforderte ‚Tragfähigkeit der Brücke bis einschließlich 2035‘ sicherzustellen.

*Beispiel ‚Seiltausch‘ D9:*

Am 2. Dezember 2016 sicherte Dr. Grube laut Protokoll des Rechnungsprüfungsausschusses einen Seiltausch ‚im Frühjahr 2017‘ zu. Am 18. Mai 2017 schrieb die DB ‚das defekte Seil [...] Ende April 2017‘ auszutauschen. Am 23. Juni informierte die DB schriftlich über den Austausch am 26. Juni, der jedoch später am 27. September stattfand. Fakt ist: Das fragliche Seil wurde nach über zwei Jahren Ende September zwar tatsächlich ausgetauscht, aber die geplante ‚**zerstörende Prüfung**‘ kann natürlich durch diese monatelange Verzögerung NICHT 2017 abgeschlossen werden, sondern erst im Mai 2018, obwohl genau davon die Erkenntnis abhängt, **ob neun weitere Seile – wie seit 2012 (!) bekannt – ausgetauscht werden müssen oder nicht. Und die Seile sind relevant für die Statik der Brücke.** Es ist nicht trivial, dass die Deutsche Bahn die

Beschlüsse des Bundestages missachtet hat!

**DB-Bericht vom 22. November 2017 entlarvt: Bis zu zehn Monate Verzögerung der Sanierung!**

Die **Prüfung der Seilenden** – so laut Protokoll vom 17. November 2016 – seien für die Feststellung der Tragfähigkeit und die Überprüfung des Seilzustandes unabdingbar. Dazu sei die Öffnung der Seilkästen notwendig. Laut DB-Bericht sollte dies ‚auf der Bahnseite [...] bereits Mitte Juli 2017 abgeschlossen‘ sein und auf der Gehwegseite ‚von Anfang bis Ende August 2017‘ Abschluss der Instandsetzungsarbeiten. Und jetzt? Neuer Termin ist der Juni 2018! **10 Monate Verzögerung!** Auch die **Schrammborde** sollen jetzt erst im Frühjahr 2018 auf der Bahnseite und im August 2018 auf der Gehwegseite erneuert werden – 10 Monate Verzögerung gegenüber den Aussagen von Bahn-Chef Grube im Ausschuss vom 2. Dezember 2016! Auch die **Endquerträger und Topflager 5+6** sollen **Mitte 2018 – mit 7 Monaten Verspätung!** – angegangen werden, während die Planung für den Korrosionsschutz erst dann in die Zielkurve kommt. Schade ist, dass es den DB-Verantwortlichen offenbar immer wieder gelingt, die ‚Belange des Tourismus‘ in den Sommermonaten als Verzögerungsargument für Sanierungsarbeiten anzuführen. Die meisten Arbeiten können schlicht temperaturbedingt nur von Mai bis September ausgeführt werden. Ist es nicht auch im Interesse der Touristen und Tourismusbetriebe, dass die Sundbrücke endlich mit Hochdruck von Grund auf

instandgesetzt wird? Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dafür mindestens 11 Mio. Euro bis 2020 ‚locker‘ gemacht – die sollten nun auch im Interesse des dauerhaften Erhalts der Brücke zügig ausgegeben werden!

2018 wird sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit der Deutschen Bahn wegen der klaren Missachtung seiner Beschlüsse definitiv sehr kritisch auseinandersetzen. Vor allem hat die Deutsche Bahn immer noch nicht die Frage beantwortet, warum es überhaupt zu solchen Verzögerungen kam! Das Vertrauen ist dadurch erneut massiv beschädigt worden. Im Übrigen steht der fest zugesagte Besuch des Bahnchefs in Ostholstein entlang der geplanten Hinterlandanbindung immer noch aus.

### ***Millionen für Denkmalschutzprojekte in Ostholstein aus Bundesmitteln:***

Auch die Sundbrücke steht unter Denkmalschutz – aber darum geht es nicht beim Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes, das der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, dem ich seit 16 Jahren angehöre, seit 2008 ins Leben gerufen hat: Seitdem habe ich mich für die Förderung vieler historischer Projekte von nationaler Bedeutung in Ostholstein und Schleswig-Holstein erfolgreich eingesetzt: Mit **insgesamt ca. 1,5 Mio. Euro** profitierten ab 2008 u.a. allein die **KZ-Gedenkstätte Ahrensböök (2008: 85.000 Euro)**, die **Ratekauer Feldsteinkirche (2009: 800.000 Euro)**, der **Eutiner Schlossgarten (2013: 300.000 Euro)** sowie der **Oldenburger Wall (2014: 180.000 Euro)** und der **Glockenturm in Landkirchen/Fehmarn (2015: 200.000 Euro)**.

Im Jahre 2016 folgte der **Elisabeth-Turm auf dem Bungsberg**, dessen 22 Meter hoher Turm mit **160.000 Euro aus Bundesmitteln** gefördert wurde und der mit Unterstützung der Sparkassen-Stiftung saniert und am 12. Juli 2017 feierlich eröffnet werden konnte. Auf meine Initiative wurde ein Malwettbewerb in der Friedrich-Hiller-Grundschule in Schönwalde ins Leben gerufen, bei dem die Schulkinder die bunten Turmfenster selbst farbig gestalten durften - am 13. Juli 2016 hat unsere „Jury“ unter Anleitung des Architekten Torsten Ewers mit den Kindern die Fenster ausgewählt, die jetzt auch tatsächlich dem Turm eine neue Schönheit zurückgeben. Natürlich durften die jungen Künstler auch zur Eröffnung nicht fehlen: Die 186 Schülern der Friedrich-Hiller-Grundschule machten die Eröffnungsfeierlichkeiten zu einem besonderen Erlebnis für alle Anwesenden und erhielten von mir meine beliebten Kinder-Liederhefte als kleines Dankeschön.

Am 21. September 2016 hatte der Haushaltsausschuss aus seinem ‚Orgelprogramm‘ ebenfalls eine **Förderung über 35.000 Euro für die Restaurierung des historischen Orgelprospekts der Stadtkirche in Neustadt** bewilligt, für den ich am 8. Februar 2017 Pastor Jens Rathjen mit Kulturministerin Anke Spoorendonk den Bescheid übergab. Nach der Sanierung des Holz-Prospektes der Orgel konnte am 2. Advent mit einem beeindruckenden Konzert die Einweihung musikalisch gefeiert werden.

Die Sanierung der **St.-Jürgen-Kirche in Grube** hat der Haushaltsausschuss am 10. November 2016 auf meine Initiative eben-

falls **mit 440.000 Euro Bundeszuschuss** ermöglicht. Zusammen mit dem Kirchenkreis und dem Rückhalt der Bürgerinnen und Bürgern, die einen Förderverein für die Kirchensanierung gegründet haben, konnten die dringend notwendigen Baumaßnahmen von insgesamt ca. 880.000 Euro im September 2017 endlich beginnen – am 19. September konnte ich mir mit eigenen Augen ein Bild von den fortschreitenden Bauarbeiten machen. Bei der Sanierung wurde schnell klar, dass der Schaden an der Kirche größer ist als anfänglich geschätzt: Notwendige Reparaturen am Dach des Kirchengebäudes werden voraussichtlich nicht billig und ich werde versuchen, dafür weitere Bundesmittel einzuwerben.

**Auch drei ‚Leuchtturmprojekte‘ in Schleswig-Holstein erhielten in den letzten Jahren über 28 Mio. Euro vom Haushaltsausschuss:** Schloss Gottorf (2011: 600.000 Euro, 2012: 200.000 Euro, 2016 15,6 Mio. Euro), Dom zu Schleswig (2015: 8,65 Mio. Euro), Lübecker Synagoge (2013: 300.000 Euro, 2015: 280.000 Euro, 2016: 2,5 Mio. Euro). Eine wertvolle Hilfe!

Aber angesichts des kulturellen Reichtums und Sanierungsstaus in unserer Region warten natürlich schon weitere Projekte dringend auf Förderzusagen aus Berlin, die in Ostholstein und Umgebung durch akute Bauschäden in Gefahr sind: Deswegen besuchte ich am 10. August 2017 das **Eutiner Schloss** gemeinsam mit dem Kulturstaatssekretär Dr. Grundei und Vertretern des Behindertenbeirates, um fertiggestellte Umbaumaßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit kennen zu lernen und Details über einen weiteren Investitionsbedarf z.B. für ein Besucher-Leitsystem für

Schloss, Schloss- und Küchengarten zu erfahren.

Am 14. August 2017 besichtigte ich die deutlich sichtbaren und doch erst vor kurzem erkannten Schäden am hölzernen Tragwerk und am Feldstein-Mauerwerk der **St.-Laurentius Kirche in Süsel**. Die Schäden sind so gravierend, dass seitdem nur noch eine einzige Glocke geläutet werden darf. Die Gemeinde gründete einen Förderverein, um Unterstützung für die akute Schadensbeseitigung zu erhalten. Ein Sanierungskonzept für die Holztragwerke im Turm und die Stabilisierung des Mauerwerks wird zwar derzeit noch erarbeitet, aber Fakt ist: Die Kosten schwanken schätzungsweise zwischen einer hohen sechsstelligen Summe und 1,3 Million Euro – für die Kirchengemeinde ohne Bundesmittel absolut nicht ‚zu wuppen‘!

Auch die **St. Petri Kirche in Landkirchen auf Fehmarn** braucht wieder Hilfe: Nach der erfolgreichen Sanierung des Glockenturms 2016 bedarf nun der Kirhdachstuhl einer dringenden Sanierung. Auch ohne vollständiges Sanierungskonzept schätzte der Architekt Torsten Ewers bei meinem Besuch am 16. August die erwarteten Kosten auf 500.000 bis 600.000 Euro - die Beteiligten hoffen natürlich wieder auf finanzielle Förderung aus Berlin.

Auch die **St. Marien-Kirche in Kirchnüchel** und die **St. Claren-Kirche in Blekendorf** haben einen immensen Sanierungsbedarf – beide Kirchen sind Landmarken in unserer Region. Auch wenn sie nicht direkt zu Ostholstein gehören, so sind sie doch Teil unserer Heimat im Nachbarkreis Plön. Ich werde mich in Berlin auch für Bundeszuschüsse für diese beiden Kirchen einsetzen,

wie ich Pastorin Anja Haustein bei meinen Besuchen am 9. und 14. August versicherte.

***Pflegebranche braucht weitere Reformen!***

Für unseren Gesundheitsstandort Ostholstein ist und bleibt eines der wichtigsten Themen: Die Verbesserung der Pflege! Praktische Einblicke in den Pflegealltag habe ich bei meinem bereits **11. eintägigen Pflegepraktikum am 15. August im Senioren- und Therapiezentrum Eichenhof in Stockelsdorf auf der Wach-Koma-Station** mit Hilfe der Einrichtungsleiterin Janine Lukas gewonnen. Mein Respekt vor der verantwortungsvollen, körperlich und psychisch anstrengenden Arbeit der Pflegekräfte wächst mit jedem Praktikum! Die Pflegekräfte leisten Tag für Tag einen grandiosen Job und benötigen auch deshalb mehr Anerkennung und Wertschätzung. Auch bei diesem Praktikum blieb wieder viel Zeit für die mir wichtigen Gespräche mit den Mitarbeitern in der Pflege. In keiner Wahlperiode zuvor wurden so viele und weitreichende Gesetze zur Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland beschlossen wie seit 2013. Die Pflegestärkungsgesetze I und II aus den Jahren 2014 und 2015, mit denen Bedürftige und Angehörige besser und individueller unterstützt werden. Das Pflegestärkungsgesetz III von 2016, das die Koordination vor Ort und die Vernetzung mit den Kommunen intensivieren soll und kurz vor dem Ende dieser Wahlperiode Ende Juni 2017 beschlossen Bundestag und Bundesrat, nach einer mehr als einjährigen Blockade durch die Union im Parlament, noch das Pflegeberufegesetz, das die bislang getrennte Ausbildung

der Berufe in der Alten-, Kinderkranken- und Krankenpflege ab 2019 zusammenführen wird. Durch massiven Lobby-Einfluss privater Pflegeheimbetreiber, die eine bessere Bezahlung in der Altenpflege verhindern wollten, schmorte das Gesetz durch die CDU/CSU ein ganzes Jahr und konnte nur mit schwierigen Kompromissen noch kurz vor der Sommerpause überhaupt beschlossen werden - wir sind dennoch froh, diesen Systemwechsel überhaupt mit der Union hinbekommen zu haben und betrachtet das Gesetz als ersten Schritt. Diese Neuordnung hin zu einer generalisierten Ausbildungsstruktur soll die künftigen beruflichen Chancen der Beschäftigten speziell in der Altenpflege verbessern, die Attraktivität des Berufsbildes steigern, die Ausbildung endlich grundsätzlich bundesweit kostenlos garantieren und auch über einen ungedeckelten Pflege-Fond eine gemeinsame Ausbildungsvergütung für alle Nachwuchs-Pflegekräfte finanzierbar machen.

Am 30. August habe ich mich dann bei meinem mittlerweile **„6. Runden Tisch Pflege“ seit 2013 - dieses Mal im Schön-Klinikum in Neustadt** - im Gespräch mit Mitarbeitern der Pflegebranche über diese Reform der Pflegeberufe und die Probleme im Alltag gezielt austauschen können. Mein Gast war zusätzlich als Sprecherin der Arbeitsgruppe Demografischer Wandel in der SPD-Bundestagsfraktion Petra Crone, um über die Herausforderungen einer modernen und menschenwürdigen Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft zu diskutieren. Am Nachmittag folgten Diskussionsveranstaltungen mit ihr zum **Thema „Älter werden in**

**Würde'** in Oldenburg und in Ratekau auf Einladung des Seniorenrates.

Fest steht: Die Verbesserung der Pflegestandards in Deutschland, stärkere Personalschlüssel und eine angemessenere Bezahlung der Pflegekräfte – DAS müssen Kernthemen in den anstehenden Sondierungsgesprächen mit der Union sein!

### ***Glyphosat- und Angel-Schutzzonen!***

Wir Sozialdemokraten halten uns an die Regeln von Fairness und Verantwortung in einer geschäftsführenden Bundesregierung – ganz im Gegensatz zu **CSU Landwirtschaftsminister Schmidt**, der diese Regeln willkürlich missachtete, als er mit seinem ‚Ja‘ zum weiteren **Glyphosat-Einsatz** auf fünf Jahre die alles entscheidende Stimme Deutschlands in Brüssel missbrauchte, obwohl er sich zwingend hätte enthalten müssen und damit diese Verlängerung von Glyphosat europaweit hätte verhindern können: Eine ‚Enthaltung‘ der Deutschen Regierung ist im Koalitionsvertrag fest vereinbart, wenn – in diesem Fall durch das ‚Nein‘ von Umweltministerin Barbara Hendricks – zwei Minister in verantwortlicher Position entgegengesetzte Voten abgeben. Für dieses Verhalten wurde Schmidt zwar von der Kanzlerin gerügt, aber nicht etwa entlassen, was angemessen gewesen wäre. Die Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD wurden durch diesen Vertrauensmissbrauch in einer sehr sensiblen Phase für unser Land massiv belastet. Ganz anders ist der Fall **der Verordnung der Angelverbotszone im Fehmarn-Belt** zu bewerten, weil der Landwirtschaftsminister Schmidt in diesem Fall kein Vetorecht

hatte. Am 27. September wurde das Naturschutzgebiet im Fehmarnbelt durch Umweltministerin Barbara Hendricks ausgewiesen, nachdem anderthalb Jahre in strittiger Diskussion die Betroffenen enorme Zugeständnisse erreicht hatten: Anstatt ein komplettes Angelverbot zu verhängen, wurde die Schutzzone auf knapp 24 Prozent des Schutzgebiets verkleinert und auf Wunsch der Angelbetriebe nach Osten verschoben, um Teile des attraktiven Riffes für die Angelkutter als Ausflugsziel zu erhalten. Damit entspricht die Angelverbotszone exakt in Lage und Größe dem Gebiet, das ich am 22. April bei der Podiumsdiskussion der „Fishing Masters Show“ in Burgstaaken als finalen Kompromiss öffentlich präsentiert habe. Damals gab es zwar viel Kritik – teilweise auch unsachlich – und es war speziell Ingo Gädechens, der öffentlich Hoffnungen auf ein ‚Veto‘ durch CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt und Bundeskanzlerin Angela Merkel machte. Allerdings ohne jede Substanz, denn Fakt ist: Am 22. Juni beschloss der Deutsche Bundestag – mit den Stimmen der CDU/CSU-Abgeordneten inklusive Ingo Gädechens - die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, mit dem das Parlament das Vetorecht von Fachministern im nationalen Naturschutzrecht aufhob. Scheinheilig war es von Ingo Gädechens, dass er einerseits im Bundestag das Vetorecht selbst aufhob und andererseits dennoch in Ostholstein weiter bei den Betroffenen mit einem angeblichen Veto-Recht Hoffnung schürte. Beim CDU-Wahlkampfauftritt am 14. Juli in Heiligenhafen wurden ebenfalls völlig substanzlose Hoffnungen bei den Betroffenen durch ein angebliches ‚Veto‘ durch Bundeskanzlerin

Merkel im Kabinett geschürt - das Thema ‚Angelverbotszone‘ wurde von ihr kein einziges Mal im der Kabinett angesprochen. So etwas nennt man gemeinhin ‚Wählertäuschung‘! Die Umwandlung des FFH-Gebiets in ein Naturschutzgebiet war übrigens nach EU-Recht längst überfällig - es lief bereits ein Vertragsverletzungsverfahren in Brüssel gegenüber Deutschland!

***Zu Gast in über 40 KiTas – 4.500 Kinderliederhefte zum gemeinsamen Singen***

Zum Abschluss meines Rück- und Ausblicks will ich – der besinnlichen Weihnachtszeit entsprechend – noch eine schöne Reihe von Besuchsterminen zwischen Reinfeld und Fehmarn ansprechen, die mich 2017 mit einer neuen Auflage von Kinderliederheften in über 40 KiTas und Grundschulen führte – ***4.500 Kinderliederhefte habe ich 2017 verteilt*** und fast überall auch mit den Kindern aus dem Heft gesungen! Mit der Verteilung von inzwischen fünf verschiedenen Liederheft-Ausgaben habe ich 2005 eine schon 12-jährige Tradition begründet. ***Insgesamt 44.000 Volks- und Heimat-, Weihnachts- und Kinderliederhefte mit jeweils über 50 Liedern (auch in plattdeutsch!)*** habe ich seitdem nicht nur in KiTas und Grundschulen, sondern auch in Pflegeeinrichtungen, bei Seniorenbegegnungsstätten, den geselligen Nachmittagen der Wohlfahrtsverbände oder bei deren Busausflügen verteilt. Ich möchte mit dieser Aktion das gemeinsame Singen in der Gemeinschaft und Familie fördern, weil es Freude macht und nach meiner festen Überzeugung gut ist für ‚die Seele‘ in jedem Alter. U.a. war ich zu Gast in KiTas in Bad

Schwartau, Bosau, Eutin, Benz und Bad Malente, in Lensahn, Neustadt, Altenkrempe, Ahrensböök und Pansdorf, in Wesenberg, Reinfeld, Rehhorst, Stockelsdorf und Timendorfer Strand, in Haffkrug, Merken-  
dorf, Göhl, Cismar, Großenbrode und Oldenburg, in Heiligenhafen, Fehmarn, Hansühn und Grube und selbstverständlich in meiner Heimat am Bungsberg in Schönwalde und Kasseedorf, wo ich vor 30 Jahren als Elterninitiative den Kindergarten ‚Flohkiste‘ gegründet habe, in den heute meine eigenen Enkelkinder gehen.

In diesem Sinne möchte ich jetzt allen fröhliche, besinnliche Festtage im Kreise von Familie und Freunden wünschen, einen guten Rutsch in ein möglichst friedliches Jahr 2018 mit einer Extraportion Gesundheit – wir sollten alle versuchen, unsere ‚Batterie‘ über die Festtage aufzutanken, damit wir den Herausforderungen im neuen Jahr mit Mut und Kraft begegnen können – das gilt auch für mich persönlich!

Herzlichst Ihre bzw. Eure

